

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 24 (1930)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau : Monatsschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

pflicht, sowie durch seine Bemühung für eine einfache, vernünftige, vegetarische Lebensweise, wie auch ganz besonders durch die laute Forderung nach religiöser Aufrichtigkeit bei Toleranz gegenüber der ehrlichen Ueberzeugung Andersdenkender, ist er ganz logisch mit verschiedenen Behörden und politischen Parteien und verantwortlichen Männern in Staat und Kirche in Konflikt gekommen. Namentlich ist er schon im Jänner 1927 bei Anlass der österreichischen Parlamentswahlen mit der christlichsozialen Partei und insbesondere mit Seipel und mit dem Klerus von Oesterreich, insoweit er den „politischen Katholizismus“ fördert, in schweren Konflikt geraten. Er hatte schon damals ein Rede- und Versammlungsverbot bekommen.

Nur auf dem moralisch verkommenen, politisch vielfach korrupten Hintergrund wird seine schwere Massregelung ohne weiteres verständlich und begreiflich. Seine Rede über die „unwürdige Kommunion“ bot seinem Bischof nur den willkommenen nächsten Anlass zum Vorgehen gegen ihn.

Möge das gebotene Schweigen eine noch mächtigere Wirkung hervorrufen als jene von wahrhaftigem Empfinden und edlem Willen durchglühten Worte, die Ude oft in pazifistischen und anderen Tagungen und Versammlungen gesprochen hat!

Premysl Pitter.

Rundschau

Monatsschau.

1. Religion und Politik.

Im Vordergrund der Aufmerksamkeit der Welt stehen mit Recht die Vorgänge in Russland. Eine Welle erdbebenartiger Erschütterung geht davon aus über die ganze Erde hin. Vor allem ist es die russische Christenverfolgung (wir wollen die Sache so nennen, obschon die Juden mit betroffen sind), welche die Gemüter bewegt. Sie ist sogar im englischen Parlament zur Sprache gekommen. Es will mir vorkommen, als ob die Flut der Proteste eher etwas zurückgehe. Gedanken, wie die in dem Aufsatz „Russland“ im letzten Hefte ausgesprochenen, scheinen doch viele zu bewegen. Das wäre auch in der Tat das Beste, wenn das, was in Russland geschieht, von uns als Gericht über uns selbst empfunden würde und uns zur Einkehr und Umkehr diene. Denn die Gottlosigkeit ist bei uns ganz sicher nicht geringer als in Russland, und der wirkliche Christus hat hier nicht weniger als dort nicht, „wo er sein Haupt hinlege“.

Es hat sich natürlich auch eine Diskussion darüber erhoben, wie weit die russische Religionsverfolgung Tatsache sei, ja sogar darüber, ob sie es wirklich sei. Ueber das Zweite kann aber wohl im Ernste kein Zweifel walten. Die Erklärung des Erzbischofs Sergius, welche die Verfolgung zu leugnen scheint, trägt doch die Zeichen eines erzwungenen Fabrikates zu deutlich an sich. Die Methoden geistiger Erpressung sind ja in Russland durch lange Jahrhunderte zu einem solchen Raffinement ausgebildet und die Fähigkeit, offenen Widerstand zu leisten, gerade in den Kreisen der Hochgestellten so geschwächt worden, dass man sich über nichts mehr wundern darf. Dagegen wird man sich Zweierlei sagen müssen: Einmal, dass die in Betracht kommenden Zustände wohl über das Gebiet des unermesslichen Reiches hin sehr wechseln, je nach der Gesinnung der obersten Beamten und andern Umständen, sodann, dass gewiss in vielen Fällen schwer auseinanderzuhalten sein wird, was religiöse und was politische Verfolgung ist. Denn nichts ist natürlicher, als dass die Opposition gegen das Verhalten der Bolschewiki in religiösen Dingen von selbst zur Opposition

gegen ihre ganze Politik wird. Man tut aus diesem Grunde wohl gut, den jetzigen russischen Religionskampf nicht sowohl unter dem unsichern Gesichtspunkte zu betrachten, ob diese oder jene uns zukommenden Berichte wahr oder falsch seien, sondern unter dem über allem Zweifel stehenden, dass der Bolschewismus grundsätzlich und von Herzen alles hasst, was „Religion“ oder „Christentum“ heisst, und dass sein ganzes System von diesem Hass durchtränkt ist. Man bedenke bloss die eine Tatsache, dass die ganze Schule grundsätzlich auf die Erziehung zum Atheismus eingestellt ist.

Auf alle Fälle sind diese Entwicklungen ein Anfang grosser Dinge, schwerer und guter. „Wer das liest [sagen wir: sieht!], der merke auf“ (Matth. 24, 15). Wenn die neuesten Berichte zuverlässig sind, so wäre bereits ein Rückschlag sowohl auf die Religionsverfolgung als auf die Zwangskollektivierung erfolgt. Aber man darf sich durch solche Schwankungen eines grossen Kampfes nicht beirren lassen.

Und nun kommt Gandhis Zug zur Küste, womit der Endkampf um Indiens Freiheit eröffnet wird. Hier ist doch noch Dramatik, ja beinahe Romantik, Geschichte in grossem Stil. Auch hier entfaltet sich grosse Zukunft. Man schwebt in quälender Unsicherheit darüber, was wohl im Stillen geschieht, ob man in England wirklich den ganzen Ernst der Lage erkennt, ob die Arbeiterregierung gerade der Aufgabe gewachsen ist, zu deren Lösung die Vorsehung sie in erster Linie berufen zu haben scheint. Unendlich wichtig ist auf alle Fälle, dass Gandhi der Geister, die er gerufen, Herr bleibt. Dazu, meine ich, könnten viele mithelfen, auch wir.

In diesen beiden grossen Erscheinungen treten Religion und Politik verbunden auf: das eine Mal negativ, so, dass die Politik, um sich selbst zu erhalten, die Religion bekämpft, das andere Mal positiv, so, dass die Politik die Religion benützt, um sich durchzusetzen. Dass das Negative in einem „christlichen“, das Positive in einem „heidnischen“ Land geschieht, ist wohl Anlass zum Nachdenken, wobei freilich nicht vergessen werden darf, dass Gandhi, ursprünglich auf dem Weg über Tolstoi, von einem starken Strahl aus dem Licht der Bergpredigt berührt ist.

2. Die Abrüstung.

Neben den Vorgängen in Russland und Indien tritt die Abrüstungskonferenz in London wieder stärker hervor, und zwar, wie es scheint, vor allem darum, weil sie am Scheitern ist. Das wäre besonders für die Arbeiter-Regierung, aber auch für Hoover, also doch sicher für die Kräfte des Guten, ein schwerer Schlag. Auch hier sind religiöse Momente im Spiele: Macdonald und Hoover handeln sicher aus dem Glauben, und glaubende Menschen in aller Welt tragen diese Sache auf dem Herzen. Diesem Glauben steht wohl vor allem jener andere gegenüber, den das faschistische Italien vertritt, und der trotz gelegentlichen religionsfreundlichen Aussprüchen Mussolinis im Stil Wilhelms des Zweiten und dem Techtelmechtel mit der römischen Kirche doch mit der römischen Wölfin und mit dem Jupiter Kapitolinus (alles en miniature) mehr zu tun hat, als mit Christus und dem Kreuz. Offenbar spielt Italien mit einer gewissen altererbten Meisterschaft die Rolle des Satans, des Verhinderers und Zerstörers. Frankreich aber fehlt es an jenem Glauben, der einer solchen Macht gewachsen wäre. Der geht über Tardieu, aber auch über Briands Fähigkeit hinaus. Es will Sicherheit, Sicherheit schon vor der Abrüstung, genau wie alle Andern übrigens, Hoover und besonders Macdonald im angedeuteten Sinne ausgenommen. Ein Sicherheitspakt der grossen Seemächte, wie Briand ihn vorschlägt, nun, das wäre übrigens etwas nicht von vornherein als falsch Abzuweisendes, und die Angelsachsen haben doch wohl oft zu wenig Gefühl dafür, wo Andere der Schuh drückt und was sie selbst der Welt schuldig sind.

Auch an der Konferenz für den Zollfrieden, die, grundsätzlich genommen, nicht weniger wichtig ist als die für die Flottenabrüstung (denn die Frage der Zölle ist mit der von Krieg und Frieden eng verbunden), scheint es nicht vorwärts zu gehen. Hier spielt, wie es scheint, die Schweiz durch ihren, natürlich von der bekannten Stelle her inspirierten Vertreter die traurige Rolle, an die wir gewöhnt sind, natürlich immer mit viel Pigmäen-Suffisance. Interessant ist der Gegensatz zwischen den Industrieländern des Westens und den Agrarländern des Ostens, der in den Verhandlungen hervortrat. Sollte aus diesem Gegensatz nicht eine Ergänzung in grossem Stil werden?

Und ebenfalls ebenbürtig an Wichtigkeit schliesst sich die Konferenz an, welche die Anpassung des Kellogg-Paktes an den Völkerbundspakt zum Zwecke hat. Hier gelangen wir nun, auf dem Papier wenigstens, hart bis an die Achtung und das Verbot des Krieges in jeder Form (auch der der sog. Verteidigung) heran. Freilich, bis daraus greifbare Tatsachen, Einrichtungen, Gesetze und siegreiche Gefühle werden, ist noch einiges nötig.

Immerhin dürfen und müssen wir uns doch sagen, dass alle diese Konferenzen, all diese Bestrebungen als Zeichen einer neuen Lage und eines gewaltigen Umschwungs nicht zu unterschätzen sind. Und auch wenn bei den meisten direkt nicht allzuviel herauskommt, so ist diese Arbeit doch nicht vergeblich und zu pessimistischen Alarmrufen kein Anlass. Nur einlullen darf man sich dadurch nicht lassen. Das Erwachen der Völker, der Umschwung des Geistes bleibt die Voraussetzung alles endgültigen Vorwärtkommens.

Einige andere Zeichen, dass es doch auch da und dort auf der Linie des Guten vorwärts geht, seien aus dem Monatsbericht gemeldet. England kündigt endgültig die Räumung seiner befestigten Flottenstation Wai-Hei-Wai an der nordchinesischen Küste an — ein Stück Rückzug von der Kolonialpolitik. Versäumen wir auch nicht zu berichten, dass es das Militärbudget wenigstens um 100 Millionen Franken verkleinert und vom Flottenprogramm vier Kreuzer streicht. Um aber bei der „Kolonialpolitik“ zu bleiben, so sei erwähnt, dass die holländische sozialdemokratische Partei ein ausgezeichnetes Programm für die Befreiung Indonesiens, des riesigen holländischen Kolonialbesitzes, ausgearbeitet hat, ein Programm, wie man es radikaler und hochherziger nicht wünschen kann. Leider hat es in der holländischen Kammer ausser denen der Sozialdemokraten nicht eine Stimme gewonnen. Umsonst ist so etwas aber auch nicht! — Auf dem Balkan sei — ob wohl infolge der neuen englischen Politik? — ein besseres Verhältnis besonders zwischen Serbien und Bulgarien eingetreten. Man redet von einer „Zusammenarbeit aller Balkanvölker“. Diese soll an jährlichen Versammlungen zum Ausdruck kommen. Dazu soll ein Balkan-Institut gegründet werden. Möchte über dem allem Segen walten. — Weiter ist es doch wohl gut, dass der Young-Plan, verbunden mit dem deutsch-polnischen Liquidationsvertrag vom deutschen Reichstag angenommen worden ist. Ein Schritt auf dem Wege zum „neuen Europa“, und zur endgültigen Erledigung der finanziellen Reparationsfrage, die kommen wird. Den Rücktritt von Doktor Schacht darf man wohl auch in diesem Zusammenhang buchen. Auch solche Bäume wachsen also nicht in den Himmel. — Und endlich etwas Paradoxes! Schweden hat von seinem Budget 32,000 Kronen (eine schwedische Krone = 1 Fr. 40) für Zwecke der Friedensarbeit ausgesetzt, davon 15,000 für ein „Informationsbureau“, das der aus der Armee ausgetretene, von der Frankfurter Konferenz gegen den Giftgaskrieg rühmlich bekannte Hauptmann Bruns-kog leitet. Das wäre der Weg!

3. Vom Militarismus.

Die Vergleichung zwischen Schweden und der Schweiz drängt sich auf, selbstverständlich nicht zu unserer Ehre. Hier steht die Zwanzig-Millionen-Forderung für militärische Flugzeuge im Vordergrund. Hauptmann Steck, der in Frankfurt die aktive Abwehr eines Giftgasanriffes, d. h. eine durch Flugzeuge, für aussichtslos erklärte, findet nun auf einmal, dass diese die Hauptsache sei. Einen „Steck-Kopi“ scheint dieser Offizier nicht zu haben!

Bundesrat Motta hat sich neuerdings einer Propaganda für den Völkerbund unter den Lehrern gewidmet, die nebenbei auch eine für unsere „Armee“ wird.¹⁾ Mit der Kindlichkeit des Gemüts, die man ja in diesen Dingen an ihm kennt, erklärt er, dass ihm ein Widerspruch zwischen dem Geist des Völkerbundes und unserer Armee für den „Notwehrkrieg“ noch nie in den Sinn gekommen wäre. Dagegen hatte er doch nicht den Mut, sich für diese Armee auf den Londoner Pakt zu berufen.

Es ist in schweizerischen Völkerbundskreisen neuerdings der Satz üblich geworden, den ich dem Bericht über einen Vortrag entnehme: „Zwischen Völkerbund und Abrüstung besteht kein direkter Zusammenhang.“ Da möchte ich denn doch eine Frage stellen: Steht denn im Völkerbundspakt dieser Männer (und Frauen!) nicht auch der Satz: „Die Bundesmitglieder bekennen sich zu dem Grundsatz, dass die Aufrechterhaltung des Friedens, eine Herabsetzung der nationalen Rüstungen auf das Mindestmass verlangt, das mit der nationalen Sicherheit und mit der Durchführung der internationalen, durch ein gemeinschaftliches Vorgehen auferlegten Verpflichtungen vereinbar ist (Art. 8).“ Oder haben sie eine besondere Ausgabe des Paktes für schweizerische Freunde des Völkerbundes und der Aufrüstung?

Die Angaben der Schrift von Lehmann-Russbüldt: „Die blutige Internationale der Rüstungsindustrie“, durch Prof. Keller in Freiburg i. Br., den bekannten katholischen Moraltheologen und Vorkämpfer des Antimilitarismus zitiert, haben zu einer Anklage der Firmen Thyssen und Krupp auf Landesverrat geführt. Da wird man sich wohl hüten, die Wahrheit ans Licht zu lassen! Was für Mächte sich auf dieser Teufelsweise umtreiben, zeigt die Tatsache, dass Tibacu, der Chef der rumänischen Geheimpolizei, die militärischen Pläne seines Landes um sage 25,000 Mark an Sowietrussland verkauft habe.

In Frankreich hat Perrin-Odéon den Dienst verweigert.

Vom Fall Liechtenhan das nächste Mal. Zu seiner Beleuchtung hier nur noch die Notiz, dass Arthur Ponsonby, der Verfasser des Buches: „Now is the time“ (Jetzt ist die Zeit) und Führer der grossen Bewegung für Dienstverweigerung (Ponsonby-Aktion!) auf Neujahr für seine Dienste die Pairswürde erhalten hat, also in den Adelsstand versetzt worden ist.

4. Sozialismus und Soziales.

Die Arbeitslosigkeit schwingt ihre Geissel über fünfzig und mehr Millionen Menschen. Sie ist in England besonders schlimm — eine schwere Belastung der Arbeiterregierung, die ihre wirksame Bekämpfung in Aussicht stellte. — Gross ist die Notlage der Landwirtschaft in Ostdeutschland, besonders in Ostpreussen — fast eine Katastrophe. Auch bei uns in der Schweiz gab es im Nationalrat eine grosse Diskussion über die Krisis der Landwirtschaft. Besonders ein ehrlicher, und dazu sachkundiger Mann kommt hier zu Wort: Doktor Gadiant, der Verfasser des „Prätigau“. Aber die Hilfe — wer kennt sie? — Eine schwere Krise hat auch

¹⁾ Ueber das offizielle Propagandawerk „Unsere Armee“ bringt Rusch in den „Republikanischen Blättern“ einen Artikel, der an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lässt.

einen Teil der schweizerischen Textilindustrie ergriffen — Not für Viele. Desto glänzender sind die Einnahmen der Banken. Die Söhne Wilhelm Tells ein Volk von Hoteliers und Bankiers! — Wichtig ist die endgiltige und vorbehaltlose Genehmigung des Achtstunden-Abkommens der Washingtoner Konferenz. Da können und sollen nun Andere folgen.

Was Sozialismus und Arbeiterbewegung betrifft, so ist zu melden, dass die Lage des Ministeriums Macdonald sich in fast jeder Beziehung verschlechtert hat. (Neben der Arbeitslosigkeit die Kohlenfrage, der üble Stand der Abrüstungskonferenz, Russland, Indien.) — Die Kommunisten haben am 1. März wieder einmal in Weltrevolution gemacht, mit dem gewöhnlichen Erfolg. Im Basler Grossen Rat ist es wegen der bekannten kommunistischen Streiktaktik zu einer wüsten, blutigen Schlägerei zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten gekommen. Das macht sich gut und wirbt für die „neue Welt“ des Sozialismus!

Sehr aber tut das der Beschluss der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, der dann von der Zweiten Internationale aufgenommen worden ist, den Völkerbund zu einer Aktion gegen die Hungersnot in China zu veranlassen. Wir haben es immer bedauert, wenn der organisierte Sozialismus nur für Klasseninteressen Sinn zu haben und „blosse“ Menschheitsinteressen (die Armenierfrage und ähnliches) zu ignorieren schien. Desto freudiger begrüßen wir diesen Beschluss, nicht nur um der Chinesen, sondern auch um des Sozialismus willen. Ja, so wirbt man für ihn.

5. Schweizerisches.

Die Abstimmung über die Revision des Alkoholgesetzes ist am 6. April. Davon anderwärts. Es hat dem Schreibenden Mühe gekostet, dem Machwerk dieses Gesetzes zuzustimmen, das ein Kunstwerk des Kompromisses ist und die Altersversicherung mit dem Schnapstrinken verkoppelt, aber er hat sich überzeugen lassen, dass es doch richtiger sei, Ja zu sagen.

Das faschistische Spitzelwesen in der Schweiz hat neuerdings seine ganze Jämmerlichkeit gezeigt. Professor Salvemini darf nun zu einem Vortrag kommen. Die Tessiner haben noch „Rasse“.

Ebenso beinahe die Waadtländer. Ihre Erklärung gegen das neue schweizerische Strafrecht hat etwas wie Charakter. Ich meinerseits werde nie für ein Gesetz stimmen, in das man ein Stück der Lex Häberlin aufgenommen hat. Jedes solche Gesetz wird dadurch eine Schande, auch wenn es besser wäre, als dieses zusammengeflickte neue eidgenössische Strafrecht zu sein scheint.

6. Kulturelles.

In Oesterreich ist der Fall Halsmann verhandelt worden. Ein Sohn wird, wie es scheint, ohne irgendwie genügenden Grund angeklagt, den Vater getötet zu haben, mit dem er doch im besten Verhältnis lebte, und wird zum zweitenmal verurteilt. Warum? Es scheint, weil er — ein Jude ist!

In Chicago herrschen Zustände, die man kaum verstehen kann. Verbrecherbanden, verbündet mit dem Bürgermeister und der Polizei, regieren die Stadt. Ein Konsortium von Privaten muss die Bezahlung der Beamten übernehmen. Weltstadt — Offenbarung Johannes 18.

In Südfrankreich gewaltige Ueberschwemmungen — Rache der durch Abholzung geschändeten Natur. Und die zwanzig an der Aufdeckung des Grabes vom Pharao Tutanchomen beteiligten Personen, die rasch nach einander rätselhaft gestorben sind? Ist das Tatsache? Und was soll man dazu sagen?

7. Religion.

In Basel haben die Genossen das dringende Bedürfnis gehabt, eine Dummheit zu machen. Denn eine solche war doch sicher der Versuch, an Stelle der beinahe völligen die völlige Trennung von Kirche und Staat durchzusetzen. Auch wenn man das, wie der Schreiber, für das grundsätzlich Richtige hält, so bestand dafür doch in diesem Augenblick keine Aktualität. Und die Begründung war dürftig und grob. Die eifrige Diskussion soll auf „grosser geistiger Höhe“ gestanden haben. Wenn man das schon „Höhe“ nennt! Allerlei Interessantes hat sie schon zutage gefördert. Ob die Kirche Ursache hat, darüber erbaut zu sein, mag man sich auch fragen. Aber noch weniger hat der Sozialismus Anlass dazu!

Der auf alle Fälle selbständig denkende Generalsuperintendent Dibelius hat unter dem Titel: „Friede auf Erden“ ein Buch herausgegeben, das die Kirche und die Friedensfrage behandelt. Es soll davon gelegentlich in den „Neuen Wegen“ geredet werden. Offenbar bezeichnet es einen erfreulichen Fortschritt. Gegen dieses Buch nun schreibt der bekannte ehemalige Pfarrer, nun seit langem nationalistisch-alldeutsche Redaktor Traub (dessen Doktorierung durch die theologische Fakultät von Zürich ich einst, vor dem Krieg, wenn auch schweren Herzens, zustimmte) in seinen „Eisernen Blättern“ eine Reihe von Briefen, die jedenfalls zeigen, dass dieser Mann seit 1914 nichts gelernt hat. Diese Artikel werden nun offenbar massenhaft verbreitet, als das neueste Evangelium. Auch in der Schweiz natürlich! Ich habe sie auch von mehreren Seiten zugeschickt bekommen, gewiss von Leuten, die mir sagen wollten: „Da hast du's nun, gedruckt, also muss es wahr sein! Es kommt ja auch von jenseits des Rheins.“ Ludendorff, Hitler, Traub — das sind ja, neben Stalin, Mussolini und Maurras, grosse Helden so vieler Schweizer.

Dibelius oder Traub — Friede auf Erden oder Eiserne Blätter: was wird die Kirche wählen? Wird sie überhaupt wählen?

14. März.

L. R.

Erklärung der religiös-sozialistischen Gruppen über die Religionsverfolgung in Russland. Als Vertreter des Religiösen Sozialismus, der sich der Aufgabe verpflichtet fühlt, die Verbindung der tiefsten Wahrheit des Sozialismus mit der Sache Christi zu suchen und zu verwirklichen, müssen wir uns durch die Entwicklung der russischen Lage aufs stärkste beunruhigt fühlen. Wir sind uns zwar bewusst, dass, wie alle Nachrichten aus Russland, so auch die, welche uns über die Verfolgung der Kirchen und der Religion von dort zufließen, in Verdacht stehen, durch Parteileidenschaft entstellt, oder zum mindesten einseitig und bruchstückhaft zu sein. Auch müssen wir sorgfältig unterscheiden zwischen dem, was an diesen Vorgängen bloss politischer Kampf in religiöser Form ist und was tatsächlich Kampf gegen die Religion als solcher bedeutet. Aber wir zweifeln nicht daran, dass ein Kern von Wahrheit in den Berichten über jene Verfolgung liegt, und wir wissen vor allem, dass der Geist des Bolschewismus ein Geist des Hasses und der Verachtung gegen alles ist, was nach Religion und gar nach Christentum aussieht. Wir verurteilen in Schmerz und Trauer, wie den politisch-sozialen Terror des bolschewistischen Systems, so auch seine Gewalttätigkeit in geistigen und religiösen Dingen und schliessen uns damit dem Protest gegen seine Behandlung der Religion an. Aber wir sind doch vor allem voll Schmerz und Trauer darüber, dass es zu dieser Feindschaft zwischen einer grossen und wichtigen Richtung des Sozialismus und dem Namen, der uns das Höchste bedeutet, kommen musste. In dieser Entwicklung erblicken wir in erster Linie eine tragische Schuld des Christentums, das in Russland und bei uns gleichmässig versäumt hat, die soziale Wahrheit des Evangeliums richtig und genügend zu vertreten und die Sache Christi

mit der Sache des leidenden Volkes und aller kämpfenden Wahrheit und Gerechtigkeit aufs innigste zu verbinden. Viel zu sehr, viel zu lange und in viel zu abstossenden, ja schrecklichen Formen ist in Russland wie bei uns der Name Christus mit Bedrückung und Ausbeutung des Volkes, mit politischer und sozialer Reaktion, ja mit Despotismus selbst, mit schlimmster, oft ganz blutiger Verfolgung aller Wahrheit und Gerechtigkeit, auch aller wahren Religion, verbunden gewesen. Wir haben es allzu sehr unterlassen, auch dagegen zu protestieren, als dass wir uns wundern dürften, wenn nun die Auflehnung gegen jede Art von Unterdrückung und Ausbeutung sich mit dem Hass gegen den Namen Christus verbindet, der doch selbst den ewigen Protest gegen alle Knechtschaft und den ewigen Ruf zu aller Freiheit bedeuten sollte und in Wahrheit bedeutet.

Wir werden wohl auch zugeben müssen, dass bei allem Verkehrten, das sich im Einzelnen damit verbindet, und allem Falschen, ja Widersinnigen in den Methoden, in Russland doch versucht wird, was das Christentum mit seinen Methoden, aber mit noch grösserer Leidenschaft hätte unternehmen sollen: soziale Gerechtigkeit und Gemeinschaftlichkeit zu schaffen, das Volk der Unterdrückten und Verelendeten einem neuen Tage der Freiheit und Brüderlichkeit entgegenzuführen. Wir erkennen darum in den russischen Vorgängen und verwandten, wenn auch vorläufig noch weniger ausgereiften Entwicklungen bei uns und anderwärts ein gewaltiges Gericht über unser Christentum, das Christus so wenig verstanden und ihm so wenig Treue erwiesen hat, und eine gewaltige Mahnung, von falschen Wegen umzukehren und ein Neues zu pflügen. Wir glauben, dass es weniger unsere Aufgabe sei, uns über die russische Gottlosigkeit zu entrüsten, als unseren eigenen Abfall von Christus einzusehen. Statt gegen die Verfolgung des Christentums in Russland laut zu protestieren, sollten wir uns fragen, aus welchen Wurzeln dieser Hass gegen das Christentum erwachsen sei. Wir meinen, dass wir zuerst lernen sollten, ein deutlicheres Wort des Protestes gegen die unser eigenes Leben beherrschende Gottlosigkeit zu finden, bevor wir uns gegen die russische wenden, die sicher nicht grösser ist als die unsrige. Das scheint uns der Sinn der russischen Vorgänge zu sein.

Es wäre aber auch eine verhängnisvolle Wendung, wenn der religiöse Protest für rein politische Zwecke missbraucht würde. Wir möchten ganz besonders davor warnen, dass nicht die christlichen Kreise durch ihren Feldzug der Worte gegen Russland gar noch einen Feldzug der Waffen unterstützen, den andere Kreise planen. Nicht das Schwert, sondern nur das recht verstandene Kreuz ist dem russischen Problem und der ganzen heutigen Lage gewachsen. Dieses Kreuz sagt denjenigen russischen Christen, die wirklich um Christi willen, nicht bloss um rein politischer Ueberzeugungen willen leiden, dass die Sache Christi im Zeichen des Kreuzes immer am besten gediehen ist und dass es eine Auferstehung der Wahrheit gibt.

Wenn wir also auch des Glaubens sind, dass diese russischen Vorgänge vor allem gerade für das Christentum eine Mahnung zu Busse und Umkehr seien, so verkennen wir doch nicht, dass sie dies auch für den Sozialismus bedeuten. Der Bolschewismus zeigt mit seinem Gewaltglauben und andern Formen einer nicht mehr bloss formellen und scheinbaren, sondern wirklichen und tatsächlichen Gottlosigkeit, wohin ein Sozialismus, der die heiligen und ewigen Grundordnungen alles Lebens verlässt, mit Notwendigkeit führen muss. Die Vergötzung der Wissenschaft, die Verkennung des ewigen Rechtes der Individualität (die ja der Sozialismus nicht ertöten, sondern befreien soll), die Rationalisierung und Mechanisierung des Lebens, der Utilitarismus der Moral, kurz, die ganze Verflachung, Verrohung und Versumpfung der Lebensauffassung, die im Bolschewismus sich mit hohen Idealen seltsam verbindet, ist kein Fundament, auf dem der Bau eines wirklichen und echten Sozialismus errichtet werden könnte. Der Sozialismus

bedarf für Kampf und Arbeit einer letzten geistigen Wahrheit, durch die er selbst immer wieder gereinigt, gestärkt und neu belebt wird. Wenn das nicht der Fall ist, gerät er unter die Herrschaft dämonischer Mächte, die ihn selbst zerstören. Darum glauben wir, dass die russischen Entwicklungen auch den Sozialismus zu einer Besinnung auf sich selbst zu einer neuen Prüfung seiner Grundlagen, zu einer Umkehr von falschen Wegen und zu einem neuen Eifer in der Verwirklichung der sozialistischen Ideale auffordern. Die Katastrophe des Bolschewismus darf nicht die des Sozialismus werden.

Die Flammenschrift der russischen Ereignisse beleuchtet nach unserer Meinung die tragische Kluft, die sich inmitten der sogenannten christlichen Welt aufgetan hat und in die sie zu versinken droht: die Kluft zwischen dem, was der Sozialismus will und dem, was Christus bedeutet. Sie mahnt uns mit erschütterndem Ernst an die grosse, die entscheidende Aufgabe dieser Tage, die eine furchtbare Not, aber auch eine herrliche Verheissung ist: dass diese Kluft geschlossen werde. Sie wird nur geschlossen durch ein Erwachen und Grosswerden der ganzen Wahrheit Christi unter uns, durch eine neue Erfassung des Glaubens an das verheissene und geforderte Reich Gottes für die Erde, durch eine neue Nachfolge Christi, durch ein neues Verständnis für das Kreuz auf Golgotha, eine neue Zuversicht zu der ganzen Auferstehung der Welt, die der recht verstandene Christus bedeutet.

Der Präsident: L. R a g a z, Zürich.

Die Sekretärin: H é l è n e M o n a s t i e r, Lausanne.

Die Mitglieder des Ausschusses:

William Banning, Holland; Otto Bauer, Oesterreich;
Erwin Eckert, Deutschland; Camille Fabry, Belgien.
Fred Hughes, England; Paul Passy, Frankreich.

Zur Alkoholvorlage. Die Gegner des neuen Alkoholartikels, der am 6. April zur Abstimmung gelangt, sind zahlreicher, als man annehmen möchte. Da sind einmal alle diejenigen, die regelmässig Trinksprit zu Konsumzwecken kaufen, und denen das Getränk durch die neue Ordnung verteuert werden wird; sie werden Nein stimmen und keine Filme und schönen Reden werden sie davon abhalten können; der Schnaps ist stärker. — In zweiter Linie sind die Gegner der Sozialversicherung gegen die Vorlage; sie sind die Feinde des arbeitenden Volks, denn sie wollen, dass es Schnaps trinke und nicht für die alten Tage vorsorge; sie sind die Feinde der Sozialreform, die das Volk vor dem Unglück der „Rentnergesinnung“ bewahren wollen. — Schliesslich aber hat die Vorlage auch Gegner in sehr fortschrittlich gesinnten Kreisen: bei den Abstinente. Ihre Einwände sind in der Hauptsache die folgenden: 1. Wichtige Forderungen der Sozialhygiene sind in der Vorlage nicht berücksichtigt worden. 2. Die Sozialversicherung ist mit dem Schnapsartikel verkoppelt. 3. Die Bestrebungen, den schweizerischen Obstbau auf Tafelobstproduktion umzustellen, werden durch die Schnapspreisgarantie hintangehalten statt gefördert. — Zu diesen Einwänden ist zu sagen:

1. Der Alkoholismus kann auf verschiedene Wege bekämpft werden. Einmal durch die Erziehung des Volks zur Enthaltbarkeit; auf diesem Gebiet sind schon namhafte Erfolge erzielt worden. Unter der Jugend und auch unter der Arbeiterschaft spielt der Alkohol doch nicht mehr die Rolle, wie das früher der Fall war. Die alkoholfreien Volkshäuser und Restaurants sind ein beredtes Zeugnis dafür. — Dann kann der Alkoholismus durch die teilweisen Alkoholverbote bekämpft werden. Die Abstimmung über das Gemeindebestimmungsrecht hat uns gezeigt, dass wir hoffen können, auch auf diesem Wege vorwärts zu kommen. Vorläufig müssen wir uns zwar nur mit lokalen Massnahmen, wie Morgenschnapsverboten, begnügen. — Dann

bleibt noch der Weg der Besteuerung. Die Besteuerung des Schnapskonsums aber ist heute in der Schweiz unmöglich, weil das Gesetz von 1887 sich nicht auf den Obstbranntwein erstreckt, der seit der Jahrhundertwende in immer grösseren Mengen produziert wird entsprechend der Ausdehnung des schweizerischen Obstbaus. Es bedarf darum der Verfassungsrevision in dem Sinne, dass auch der Obstschnaps unter das Bundesmonopol fällt. Durch den vorliegenden neuen Alkoholartikel wird aller Schnaps, der in den Handel kommt, besteuert werden können; der Obstbranntwein muss dem Bund verkauft werden, soweit er nicht im Betrieb des Erzeugers verwendet wird, und der Schnaps aus Spezialitäten (z. B. der Kirsch) darf nur nach Entrichtung einer Steuer in den Handel gebracht werden. Der neue Artikel wird den Bund in die Lage versetzen, den Schnapspreis zu erhöhen, was eine Verminderung des Konsums zur Folge haben wird. — Die Abstinente bedauern vor allem, dass die Hausbrennerei weiter bestehen soll, und mit Recht. Doch will man damit der Vorlage zur Annahme verhelfen. Die Vorlage ist ein Kompromiss: sie wird wohl den Schnapskonsum im allgemeinen herabsetzen können, nicht aber bei den selbstproduzierenden Bauern.

2. Es widerstrebt gewissen Leuten, dass die Altersversicherung umso leistungsfähiger sein soll, je mehr Schnaps das Volk trinkt, wie sie sich ausdrücken. Dies Argument scheint auf den ersten Blick wirklich bestechend, doch ist es nicht haltbar. Auf Grund statistischer Erhebungen des Auslands hat man berechnet, dass bei steigendem Schnapspreis und bei sinkendem Schnapskonsum die Einnahmen der Alkoholverwaltung bis zu einem bestimmten Optimum steigen werden. Das Verhältnis ist das folgende:

Trinkspritpreis pro q (heute 230 Fr.)	Verkauf der Alkoholverwaltung, q Trinksprit	Reineinnahmen der Alkoholverwaltung
Fr. 400.—	80,000	23,1 Millionen Fr.
Fr. 600.—	70,000	34,9 Millionen Fr.
Fr. 800.—	56,000	39,3 Millionen Fr.
Fr. 1000.—	40,000	35,8 Millionen Fr.

Das Optimum in bezug auf die Erträge für die Sozialversicherung liegt also bei einem Trinkspritpreis zwischen 800 und 1000 Fr. Man kann also mit Recht sagen: je weniger Schnaps das Schweizervolk trinkt, um so leistungsfähiger die Sozialversicherung. — Die Verfassungsrevision legt noch keinen Schnapspreis fest. Die Abstinente müssen also helfen, den Verfassungsartikel durchzubringen und nachher bei der Ausarbeitung des Ausführungsgesetzes ihren Einfluss geltend zu machen suchen.

3. Die Abstinente fürchten für die Umstellung des schweizerischen Obstbaus auf die Tafelobstproduktion. Der Bundesrat garantiert den Bauern für den Fall der Annahme des Verfassungsartikels einen Schnapspreis, der einem Mostobstpreis von Fr. 5.— pro q (1923 3.—) gleichkommt. Darum, sagen die Abstinente, werden die Bauern weiterhin den Mostobstbau betreiben, der durch die Schnapspreisgarantie rentabel gestaltet wird. Darauf ist zu erwidern, dass diese Abstinente doch den Einfluss der Bestrebungen der landwirtschaftlichen Schulen und Versuchsanstalten unterschätzen. Man arbeitet doch heute schon im ganzen Land an der Umstellung auf die Tafelobstproduktion und die Produktion hochwertiger Mostobstsorten für die Süssmostfabrikation; und wenn der Bund in Zukunft noch in vermehrtem Mass diese Umstellung unterstützen wird, wenn er den Absatz des Tafelobstes durch Frachtermässigung und Subventionen an die Errichtung von Lagerhäusern fördern wird, so werden wir sicher einen Umschwung im schweizerischen Obstbau erleben. Aber selbst wenn der Erfolg dieser Bestrebungen wirklich fraglich wäre, so sollte sich dennoch kein Abstinent

dagegen wehren, dass die Förderung des Tafelobstbaues als Grundsatz in unsere Verfassung hineinkomme.

Die Alkoholvorlage ist ein Kompromiss, bei dessen Abschluss das Aufdentschklopfen die einzige Waffe gewesen ist. Die Bauern haben am stärksten geklopft. Und zweifellos ist es ein schlimmes Zeichen für den geistigen Gehalt unserer Demokratie, dass sie in so wichtigen Fragen nur einen Kompromiss zu finden imstande ist; dass sie die Stimme ganzer Bevölkerungskreise kaufen muss, wie das durch die vor einigen Tagen erfolgte feierliche Schnapspreisgarantie durch den Bundesrat erfolgt ist. — Dennoch dürfen wir der Vorlage unsere Stimmen nicht versagen, denn nochmalige Verwerfung bedeutet: Verschleppung der Sozialversicherung auf unabsehbare Zeit und Fortdauern der Anarchie im Alkoholwesen der Schweiz. Nur in dem Mass als der alkoholgegnerische Gedanke ins Volk eindringen wird, werden auch die staatlichen Massnahmen gegen den Alkohol umfassender und entscheidender sich gestalten können.

F r a n z S c h m i d t.

Für China. Die Bewegung für die China zu leistende Hilfe nimmt beständig zu. So erlässt z. B. der jetzige Leiter der Basler Mission, Dr. W. Oehler, in den „Basler Nachrichten“ (Nr. 66) einen Aufruf zu diesem Zwecke. Aber das ist nur eine Stimme unter vielen.

Allerdings hat sich auch eine starke Hemmung eingestellt. Was ich im letzten Heft der „Neuen Wege“ (S. 89) in bezug auf die Haltung der Nankinger Regierung andeutete, ist inzwischen noch klarer hervorgetreten und auch in die Öffentlichkeit gedrungen: diese Regierung wünscht aus Gründen des nationalen Prestige (dieser Götze Prestige! — da sind die Chinesen allzu gute Schüler des verachteten „Westens“ geworden) nicht, dass der Völkerbund sich ihrer hungernden Landsleute annehme. Freilich wäre sie bereit, das Internationale Rote Kreuz als das geeignete Organ einer solchen Hilfe anzuerkennen. Aber nun ist dieses durch den bekannten Bericht seines amerikanischen Zweiges für eine solche Aufgabe schlecht empfohlen. Hoffen wir, dass der wachsende Druck des nun erwachten Weltgewissens trotz allem eine solche ganz grosse, umfassende und dauernde Aktion herbeiführe. Dass auf Anregung der Schweizerischen Sozialdemokratischen Partei die Zweite Internationale (der auch die englische Arbeiterpartei angehört) sich in dieser Sache an den Völkerbund gewendet hat, ist anderwärts in diesem Hefte erwähnt. Vielleicht dass damit die stärkste politische Instanz in Bewegung geraten ist.

In bezug auf die Sachlage in China selbst, besonders die Möglichkeit der Hilfeleistung, haben wir inzwischen das Zeugnis eines Mannes erhalten, der es wie Wenige verdient, in dieser Sache gehört zu werden. Doktor John Mott, der bekannte Missionspionier und früherer Generalsekretär der Internationalen Vereinigung christlicher Studenten, der sich in der letzten Zeit, mit wichtigen Aufgaben betraut, wieder lange in China aufgehalten hat, berichtet folgendes:

Die Hungersnot habe nach zuverlässigen Berichten bereits 12 Millionen Opfer gefordert. (!) Er missbilligt das Gutachten des amerikanischen Roten Kreuzes. Das National Christian Council (der nationale christliche Rat Chinas) habe ihm auf sein Befragen erklärt, für 12½ Millionen Franken bestehe eine unmittelbare Verwendungsmöglichkeit. Das Geld könne zuverlässig so gebraucht werden, dass ein wirklicher Segen daraus erwachse. Aber wohlverstanden: das wäre bloss die Summe, welche die christlichen Organisationen Chinas sofort und unmittelbar, dazu mit Sicherheit, für die Hilfe verwenden könnten. Die ganze Hungersnot wäre dadurch noch von ferne nicht bekämpft. Deren Aufhören in den am schwersten von ihr bedrängten Provinzen sei noch nicht abzusehen. Jene 12½ Millionen Franken würden nach der Aussage von John Mott die amerikanischen Kir-

chen aufbringen. Aber für die weitere Hilfe sei die Mitwirkung Europas von grösstem Werte. John Mott freue sich sehr, dass in der Schweiz und in Deutschland für China gesammelt werde. Die International Famine Relief Commission (das Internationale Hilfskomitee zur Bekämpfung der Hungersnot) sei durchaus zuverlässig. Ihm anvertraute Gelder würden sicherlich gut verwendet.

Soweit John Mott. Es steht also ganz fest:

1. dass die bisher aufgebrauchten Gelder gut und sicher verwendet worden sind und weitere ebenso verwendet werden (auch die „Ostasien-Mission“, der wir die uns zugeflossenen bisher übergeben, gehört zu jenem „Christian Council“);
2. dass weiterhin noch grössere Hilfe auf lange Zeit nötig ist;
3. dass auch dafür sichere Wege vorhanden sind;
4. dass Europas Mitwirkung dringend erwünscht ist.

Inzwischen ist bei uns in der Schweiz die ohne viel Organisation zustandegekommene Hilfeleistung auf eine Weise weiter gegangen, die uns tief rührt. Es sind bei unserer Sammelstelle allein rund 23,800 Fr. zusammengekommen. Darunter sind auch viele Sammlungen, die von Pfarrern in ihren Kirchgemeinden veranstaltet wurden. Andere sind bei Anlass vor Vorträgen und so fort zustande gekommen. Die meisten Beiträge stammen von Einzelnen, denen Herz und Gewissen keine Ruhe liessen. Nicht selten haben solche, die selbst wenig besitzen, weit über ihre Mittel hinaus gegeben. Freilich ist heute in der Schweiz so viel Geld vorhanden und wird für weiss nicht was für Dinge verwendet, da könnten noch ganz andere Summen für verhungerende Millionen zusammen kommen.

Es ist uns leider schon lange nicht mehr möglich, jede einzelne Gabe zu verdanken oder auch nur eine Liste davon in den „Neuen Wegen“ oder anderswo zu veröffentlichen. Wir sprechen darum an dieser Stelle allen Helfern den wärmsten Dank aus. Möge die Gabe auch ihnen selbst gesegnet sein.

Zürich, 15. März 1930.

L. R a g a z.

Wir teilen noch mit, dass in der allernächsten Zeit bei uns eine die Lage mit Autorität darstellende Flugschrift aus der Feder von Prof. Dr. Johannes Witte, dem Leiter der Ostasienmission, erscheinen und gratis jedem, der sie wünscht, zugestellt werden wird.

Personalia. I. Am 9. April wird unser Freund Pfarrer Ernst Etter in Rorschach seinen 60. Geburtstag feiern. Wir dürfen, da die Zahl derer, die in diesen Jahren über die Schwelle des Jubiläumsalters treten, gross ist und wir nicht jeden, der es verdiente, in den „Neuen Wegen“ erwähnen können, aber auch, weil es Pfarrer Etters Sinn widerspräche, wenn wir ihn allzusehr zum Gegenstand von Huldigungen machen wollten, nicht mehr tun, als diesem tapfern, realistischen und doch im Glauben das „Unmögliche“ erfassenden Arbeiter und Kämpfer, der uns und unserer Sache durch gute und böse Zeiten — namentlich aber durch böse, was gewiss selten ist! — Treue und Nachsicht gewährt und Förderung aller Art geleistet hat, in Dankbarkeit und mit warmen Segenswünschen die Hand zu drücken. Das aber müssen wir tun, im Namen Vieler. Möge sein arbeitsreiches Leben statt, wie das Vieler, im Aelterwerden zu verwelken, nur immer mehr aufblühen und zugleich Früchte tragen; möge es, nach all diesen schweren Jahren, viele Erfüllung des Glaubens und Hoffens schauen dürfen!

Eduard Bernstein hat kürzlich seinen 80. Geburtstag gefeiert. Der „Revisionist“, der aber, wenn es ernst galt, wie während des Krieges, seinen Mann ganz anders stellte als die „radikalen“ Maulhelden

und zeigte, dass Gesinnungen wichtiger sind als Theorien. Ein Sozialist, aus der Zeit, wo noch nicht so viele Streber und Demagogen obenauf waren.

Am 7. März ist Präsident Masaryk achtzigjährig geworden. Wir haben bei Anlass seines 75. Geburtstages uns über ihn geäußert. Dieser Philosoph, Sozialist und Pazifist auf dem Präsidentenstuhl, der einmal das Wort gesagt hat, der Sinn der jetzigen Epoche sei der Entscheidungskampf zwischen Christus und Cäsar, ist — leider — eine einzigartige Erscheinung und war ein Segen für die Welt.

II. In diesem Herbst starb in Lettland, noch nicht fünfzig Jahre alt, Paula Abel, eine Frau von ausserordentlicher sittlicher und geistiger Veranlagung. Ihr Leben war der Sache des Friedens und der Versöhnung geweiht; sie war Pazifistin aus innerster Notwendigkeit des Herzens. Aehnlich wie Mathilde Wrede in Finnland, suchte sie die Stätten des dunkelsten Elends, die Gefängnisse, auf, um Licht und Liebe zu spenden. Es war kein leichtes Beginnen. Hatte sie doch bei diesem Eintritt in die Unterwelt das dreifache Misstrauen der Behörden, der amtlich bestellten geistlichen Fürsorger und der Sträflinge selbst zu überwinden! Ihrem leidenschaftlichen und beharrlichen Werben gelang es, die Widerstände zu besiegen. Unvergesslich bleibt mir der schlichte Bericht, in welchem sie mir bei einem abendlichen Rundgang durch Mitau-Jalgawa (unweit von Riga) ihre Erfahrungen mitteilte: die inneren und äusseren Schwierigkeiten, mit denen sie zu kämpfen hatte, bis sie an der Grösse der Aufgabe ihre Kräfte wundersam wachsen fühlte und der Kontakt zwischen ihr und den Gefangenen geschlossen war. Und nun taten sich ihr menschliche Tiefen auf, in die kein wissenschaftlich geschulter Psychologe, sondern nur der liebende und helfende Mensch hineinzuschauen vermag. Paula Abel, die ich an der Wiener Universität wiederholt meine Hörerin nennen durfte (sie hat mir auch bei meinen Vorträgen in Lettland sehr wichtige Dienste geleistet) war eine wesentlich gerichtete Frau, der es ganz und gar auf das Eine, das nützt, ankam. Strenge, kompromisslose Wahrhaftigkeit, restlose Aufrichtigkeit, Milde der Gesinnung und Schärfe des Urteils zugleich, wohlthätige Freiheit des Geistes und Gemütes, das waren ihre hervorleuchtendsten Eigenschaften. Mit ihrem Manne, einem hochbegabten lettischen Maler, war sie in glücklicher Ehe verbunden. Ihr edles Liebeswerk übte sie im Stillen. Es war ihr selbstverständlich, eine ebenso kraftvolle wie anspruchslose Güte zu entfalten. Keine Legende umrankte das Bild der Lebenden. Erst ihr Tod, erst die allgemeine Trauer, die er auslöste, zeigte, wie tief sie im Erdreich der Menschheit verwurzelt war.

Oskar Ewald.

Von einer Grippe plötzlich hingerafft, im Fieber sich aus dem Fenster stürzend, ist Paul Levi gestorben, eine führende Gestalt des Nachkriegssozialismus, zuerst Kommunist, dann ein glänzender Sprecher der Linksoption der Sozialdemokratie, hochgescheit, ob allzugescheit? — Ebenfalls ein Jude, aber wieder von welcher anderer Art war Rudolf Maria Holzappel, der Verfasser des „Panideal“ und „Weltenerlebnis“, von seiner Gemeinde zum Religionsstifter erhoben („Hier ist mehr als Christus!“ schrieb mir einmal einer ihrer Sprecher), aber auch nach Abzug aller kultischen Verkleidung ohne Zweifel ein geistig bedeutender Mensch. — Heinrich Kanner, der plötzlich von uns gegangen ist, gehört zu jener edlen Schar von Kämpfern für alle menschliche Wahrheit und Freiheit, die sich einst auf dem Boden Wiens zusammenfanden. Er hat mitten in allem Zusammenbruch, den ja Männer wie er verhindert hätten, wenn sie gehört worden wären, die Fahne der Wahrheit nicht verlassen. Sein besonderes Gebiet wurde die Kriegsschuldfrage. Hier hat er, zuletzt in der von ihm redigierten Zeitschrift „Der Krieg“, mit höchster Tapferkeit und einer Sachkenntnis fast ohne gleichen gegen alle Verdunkelungen der Wahr-

heimgegangen ist) das Bedürfnis empfunden, noch ein letztes Wort, ein Wort des Vermächtnisses zu sagen.¹⁾ Dieses letzte Wort fügt sich gut zu jenem ersten. War jenes erste seiner Aufgabe gemäss etwas mehr negativ, indem es zeigte, was an unserem religiös-kirchlichen Wesen veraltet und unwahr sei, so stellt dieses letzte, trotzdem es auch ihm an kritischer Schärfe nicht fehlt, doch mehr das Positive in den Mittelpunkt; das Reich Gottes für die Erde als Kern des Christentums, besser: der in Jesus Christus und den Propheten vor und den Aposteln nach ihm kundgewordenen Wahrheit. Dieses Reich Gottes ist auch der Inhalt der Bibel. Weil aber Gott der Lebendige ist, so darf sein Wort nie bloss als ein Schriftwort schriftgelehrtenhaft behandelt, sondern muss als lebendiges Wort verstanden werden, innerhalb wie ausserhalb der Bibel.

Zimmermann wendet sich mit der Betonung dieser Wahrheit gegen das neue Theologengeschlecht, das nach der Abwendung vom falschen Liberalismus und Modernismus der letzten Epoche nun in Gefahr steht, ins Schriftgelehrtentum und Theologentum zu verfallen. Er warnt vor dieser Gefahr und sagt Aehnliches wie wir es auch sagen.

Ob er gehört wird? Es besteht wenig Aussicht dafür. War sein erstes Wort im guten Sinne zeitgemäss, so ist sein letztes, wieder im guten Sinne, unzeitgemäss. Das heutige jüngste Theologengeschlecht schwärmt für Kirche, Theologie, Kultus und verachtet die Fragen der Verwirklichung, die für Zimmermann die wichtigsten sind. Aber wenn dieses Intermezzo vorüber sein und sich gezeigt haben wird, dass dieses Theologen- und Schriftgelehrtenvolk die Zeichen der Zeit wieder einmal nicht erkannt hat (man lese Matth. 12, 48 ff.), dann wird hin und wieder einer auf dieses Testament eines bescheidenen Pioniers hinweisen und ihm dafür danken.

Der Schreibende sagt nicht gerade zu der ganzen Theologie dieses Testaments Ja, wohl aber zu seiner ganzen Gesinnung. Man darf und muss alle, die dafür Zeit und Sinn haben, auffordern, es nicht ungelesen zu lassen.

L. R.

Sprüche.

Es ist besser, sein Kreuz zu tragen als zu schleppen.

Bretonisches Sprichwort.

Gott verhängt kein Ding über uns, womit er nicht uns zu sich locke.

Eckhart.

Die Offenbarung der Liebe ist die Erlösung der Welt.

Pestalozzi.

Auf die Zukunft wirken kann man nur um den Preis, sich bei der Gegenwart zu diskreditieren.

Richard Rothe.

Berichtigungen.

1. Die Schrift von Dr. Friedmann: Tolstoi, ist nicht bei Rütten u. Lönnig, sondern bei Georg Müller, München, herausgekommen.

2. Druckfehler: S. 115, Z. 14 v. oben, lies: wäre (statt war); S. 120, Z. 18 v. unten, Gott (statt Gottes), S. 121, Z. 16 u. 24 v. unten, Johannis (statt Johannes); S. 124, Z. 5 v. unten, lies: Ich will (statt will); S. 154, Z. 6 v. oben: sogar (statt ganz).

¹⁾ Alfred Zimmermann, „Die innere Not des Protestantismus.“ Verlag Friedrich Reinhardt, Basel.